

Wie weiter in Afghanistan? Ein Diskussionsbeitrag

1. Wir brauchen endlich eine öffentliche Diskussion über Afghanistan

Es ist schon verwunderlich, in welcher Intensität und mit welcher Schärfe auf die Äußerungen der EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann bei ihrer Neujahrspredigt reagiert wird. Nüchtern betrachtet lässt sich die massive Kritik allerdings erklären: Die Politik muss eingestehen, dass sie lange nicht die Kraft und den Mut hatte, eine gesellschaftliche Diskussion über den schwierigen Einsatz unserer Soldaten in Afghanistan zuzulassen geschweige denn selbst anzustoßen. Die Diskussion über unser Engagement in Afghanistan ist in den vergangenen Jahren zu einer festgefahrenen Debatte der Fachelite verkommen. Erst der verheerende Luftschlag von Kundus und die öffentlichen Äußerungen von Frau Käßmann haben dies geschafft. Man kann Frau Käßmann dankbar sein für ihren Impuls, ihr aber in der Sache widersprechen. Es ist daher richtig, dass durch Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles die öffentliche Diskussion über den Afghanistan-Einsatz verstärkt wird. Die SPD muss das Selbstbewusstsein haben, mit den Menschen über den Einsatz in Afghanistan offen zu diskutieren.

Statt reflexartig die SPD zu beschuldigen, man verlasse einen politischen Konsens in der Afghanistan-Politik sollten sich auch andere Parteien Gedanken machen, wie wir eine Politik in und für Afghanistan gestalten können, die mehr Rückhalt in der deutschen Bevölkerung findet. Durch Wegducken, Vertuschen und Verschweigen wird dies nicht gelingen. Im Gegenteil: Unsere Soldaten werden nicht durch eine diskutierende Gesellschaft im Stich gelassen, sondern durch eine politische Elite, die keine gesellschaftlichen Mehrheiten für unser Engagement in Afghanistan schafft. Für die Soldaten und die Akzeptanz der Einsätze bleibt eine breite gesellschaftliche Mehrheit wichtig. Wir Sozialdemokraten sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir werden nicht diejenigen sein, die sich aus parteipolitischem Kalkül aus der Verantwortung stellen.

Klar ist auch, dass wir Sozialdemokraten unsere Außen- und Sicherheitspolitik an Grundsätzen ausrichten. Dazu gehört für uns die Verteidigung der Parlamentsarmee ebenso wie der Ansatz einer umfassenden Sicherheitspolitik, die stets den zivilen Aufbau in den Vordergrund stellt. Die Regierung ist nun am Zuge, für die angekündigte Anpassung des Mandates eine politische und gesellschaftliche Mehrheit zu suchen. Das Stillschweigen der Bundeskanzlerin und des Außenministers im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz in London Ende Januar zeugt nicht vom Willen der Regierung, eine solch gesellschaftliche Mehrheit sicherzustellen. Statt ein zivil-militärisches Gesamtkonzept vorzulegen und vor der London-Konferenz zu diskutieren, taucht die Regierung ab.

Wir wollen die Debatte. Notwendig ist daher eine gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft des Einsatzes in Afghanistan, die Entwicklungsperspektiven des Landes und unsere internationale Verantwortung, die wir im Bündnis eingegangen sind. Verantwortung heißt auch: es müssen alle Fragen gestellt werden, welche die Menschen in Afghanistan aber vor

allem in Deutschland bewegen. Mit einer breiten öffentlichen Diskussion wollen wir diese Fragen aufgreifen und gemeinsam mit Anderen Antworten formulieren.

2. Bilanz des Engagements in Afghanistan

Zunächst gilt es, sich bewusst zu machen, warum wir in Afghanistan sind. Mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 ist auf verheerende Weise deutlich geworden, wie anfällig die Welt auch nach Ende des Kalten Krieges geblieben ist. Mit dem internationalen Terrorismus ist eine neue Sicherheitsbedrohung in den Fokus der Weltgemeinschaft gerückt. Nach den schrecklichen Anschlägen des 11. September musste die Weltgemeinschaft auf die Bedrohung des Terrorismus und einen seiner Ausgangspunkte - die Al-Qaida Terrorcamps in Afghanistan – reagieren. Deutschland tat dies mit einem breiten innenpolitischen Konsens an der Seite der USA und der internationalen Weltgemeinschaft. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes, welches die Al-Qaida maßgeblich unterstützt hatte, herrschte Konsens in Deutschland, den Aufbau Afghanistans zu unterstützen. Mit einem Konzept militärischer Sicherheit und zivilen Aufbaus sollte den Menschen in Afghanistan eine Entwicklungsperspektive nach Ende der Taliban-Herrschaft ermöglicht werden. Der Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen des ISAF-Mandates war dabei notwendige Grundvoraussetzung, um den friedlichen Rahmen für den Aufbau von zivilen Strukturen, politischen Prozessen und der Schaffung einer eigenen Sicherheitsstruktur in Afghanistan zu ermöglichen.

Heute, acht Jahre nach dem Beginn unseres Engagements in Afghanistan, gilt es kritisch zu diskutieren, ob der innenpolitische Grundkonsens über unsere Ziele in Afghanistan noch Bestand hat und wenn ja, ob diese Ziele auch mit der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan noch erreicht werden können. Erfolge unserer Politik müssen dabei ebenso evaluiert, wie Rückschläge aufgegriffen werden. Wir nehmen dies zum Anlass um zu fragen: Wo stehen wir nach acht Jahren Engagement am Hindukusch?

Die Sicherheitslage im Land ist dabei sehr diffus. Eine umfassende Bilanzierung der Fortschritte und Rückschritte bei der Stabilisierung und dem Aufbau Afghanistans wurde bisher nicht vorgenommen. Sie muss Grundlage für die weitere Diskussion sein. Während in einigen Regionen positive Entwicklungen zu vermerken sind und die afghanische Gesellschaft stabiler geworden ist, hat es in anderen Provinzen eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage gegeben. Korruption, Missbrauch und bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen sind dort zu beklagen. Der Aufbau staatlicher Strukturen kommt nur schleppend voran. Allein die Tatsache, dass nach dreißig Jahren Krieg, innerhalb der letzten fünf Jahre zwei Präsidentschaftswahlen und eine Parlamentswahl durchgeführt wurden, kann als Erfolg gewertet werden. Die geringe Wahlbeteiligung und die weitverbreitete Verfälschung der Ergebnisse durch fast alle politischen Akteure, weisen aber darauf hin, dass noch viel zu tun ist. Fehlende Erfahrung und mangelnde Aufklärung im Umgang mit demokratischen Prozessen sowie die offensichtliche Korruption von Teilen der politischen Elite gefährden die Verfestigung von rechtsstaatlichen Institutionen. Die starke Zentralisierung staatlicher Strukturen und die fehlenden Mitspracherechte der Menschen in den Provinzen, sind dabei keine idealen Rahmenbedingungen und entsprechen auch nicht den tradierten Strukturen des Landes.

Vor allem der Aufbau eigenständiger afghanischer Sicherheitsstrukturen erfüllt heute bei weitem nicht seine Zielsetzung. Der durch Deutschland koordinierte Aufbau der afghanischen Polizei bleibt weiter hinter seinen Ansprüchen zurück, obwohl sich die Experten einig sind, dass gerade hier ein Schlüssel zur Befriedung des Landes liegt. Auch der wirtschaftliche Aufbau kommt nur in einigen Provinzen voran. Viel zu oft, gibt es neben Drogenanbau und Kriminalität keine wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen in Afghanistan. Dies darf keine Rechtfertigung sein, muss jedoch bei der Neuausrichtung einer Afghanistanstrategie stärker berücksichtigt werden. Bei einer Bewertung der Erfolge in Afghanistan darf darüber hinaus nicht übersehen werden, dass die Zufriedenheit der Afghanen mit der Entwicklung des Landes gestiegen ist. Nach jüngsten Umfragen sehen über 70% der Afghanen ihr Land auf dem richtigen Weg.

3. Ansätze für eine neue Afghanistan-Politik

Auf Grundlage einer ehrlichen Bilanz unseres Engagements in Afghanistan gilt es nun, eine Antwort auf die Herausforderungen zu geben. Die Politik kann in einer Demokratie die Außenpolitik nicht von der politischen Willensbildung ausnehmen. Wir ignorieren deshalb nicht, dass eine große Mehrheit die Truppen aus Afghanistan abziehen will. Wir teilen dieses Ziel. Sowohl der unverzügliche Abzug aus dem Land als auch das dauerhafte Verbleiben ohne eine Abzugsstrategie sind der falsche Weg. Es gilt jetzt die politischen Grundlagen für einen Abzug aus Afghanistan zu schaffen. Am Beginn einer Diskussion einer Afghanistan-Strategie muss daher die Definition von klaren Zielen stehen, um anschließend Instrumente und Zeitpläne festlegen zu können. Entscheidend ist dabei, dass diese Debatte am Willen der Menschen in Afghanistan ausgerichtet wird. Wir wollen die Expertise und den Erfahrungsschatz der vielen Menschen und Institutionen, die in den vergangenen Jahren in Afghanistan im Einsatz waren, in diese Debatte einbeziehen und eine realistische Afghanistan-Strategie formulieren. Mit einem „Weiter so“ ist niemandem geholfen, Afghanistan muss jetzt eine Perspektive gegeben werden. Es geht um realistische und vor allem afghanische Lösungen. Klar ist aber auch, wer einen möglichst zeitnahen Abzug als Ziel formuliert, muss in den nächsten Jahren auch bereit sein, sich stärker zu engagieren.

Übergabe in Verantwortung

Die Erwartungen an unser militärisches Engagement in Afghanistan kann dabei nur noch ein Ziel haben: Die afghanische Sicherheit möglichst schnell in die Verantwortung der Afghanen zu übergeben. Wir wollen, dass die afghanische Bevölkerung ihre weitere Entwicklung selbst gestalten kann und ein Mindestmaß an Stabilität gewährleistet wird. Ein Rückfall in einen Bürgerkrieg muss unter allen Umständen verhindert werden. Die Eigenverantwortung und die eigenständigen Entscheidungsbefugnisse der Afghanen müssen dabei Schritt für Schritt gestärkt werden. Außerdem sollte eine stärkere Regionalisierung von Machtbefugnissen diskutiert werden, die bislang zentral in Kabul zusammenlaufen. Schon in Kürze könnten, aufgrund der zufriedenstellenden Sicherheitslage einige Provinzen vollständig an die afghanischen Behörden übergeben werden. Eine solche Entscheidung würde nicht nur das afghanische Selbstbewusstsein stärken, sondern auch militärische Ressourcen für neue Aufgaben freisetzen. In anderen Teilen des Landes stehen zunehmende Aufstände und Aktivitäten der Taliban einer solchen Entwicklung entgegen. Zu unserer Diskussion muss deswegen auch die Frage gehören, ob diesen Herausforderungen mit einer verstärkten militärischen Präsenz begegnet werden kann. Klar ist: Der reflexhafte Ruf nach mehr

Soldaten hilft den Menschen in Afghanistan ebenso wenig wie eine grundsätzliche Ablehnung von Truppenaufstockungen.

Ausbau des zivilen Engagements

Trotz aller militärischen Auseinandersetzungen muss die Priorität für den zivilen Aufbau in den Mittelpunkt unseres Engagements rücken und ausgebaut werden. Es wird bereits heute viel getan im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Trotzdem brauchen wir eine Aufstockung der Mittel ebenso wie einen koordinierten Ansatz der sich vor allem auf die Bereiche Bildung, Landwirtschaft und wirtschaftlichen Aufbau konzentriert. Dieser koordinierte Ansatz muss zwischen den zivilen Kräften und den afghanischen Verantwortlichen entwickelt werden. Das afghanische Volk muss eine langfristige und nachhaltige Perspektive erkennen können. Hierbei sind Erfolge im Aufbau von Zivilstrukturen unabkömmlich. Multinationalen Organisationen wie die UNAMA müssen in ihrer Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskompetenz gestärkt werden.

Auf- und Ausbau einer afghanischen Sicherheitsstruktur

Im Bereich der Sicherheitsstruktur brauchen wir ein Gesamtkonzept zum Aufbau von Polizei, Justiz und Militär. Ein Gesamtkonzept bedeutet auch, dass nicht mehr nationale Akteure das Sagen haben, sondern im umfassenden Konzept agiert werden muss. Wir müssen dabei unsere Bemühungen ständig evaluieren und gegebenenfalls nachsteuern. Ziel muss eine sich selbst tragende Sicherheitsstruktur sein. Auch hier gilt: Nicht westliche Standards sind die Messlatte für einen Erfolg, sondern Lösungen, die mit afghanischen Kräften und unter Berücksichtigung der spezifischen afghanischen Bedingungen erarbeitet und umgesetzt werden. Gerade die Erfolge in diesem Bereich sind der Schlüssel zur einer Übergabe des Landes an die Afghanen.

Korruptionsbekämpfung, Vertrauen in Institutionen, demokratische Prozesse

Nach einer Umfrage des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ist für 59 Prozent der Afghanen Bestechung das größte Problem in ihrem Land. Im Gegensatz zu den Bereichen militärische Stabilisierung und ziviler Aufbau, darf die internationale Gemeinschaft im Bereich der Korruptionsbekämpfung keine Zugeständnisse machen. Der Druck der internationalen Gemeinschaft auf die afghanische Regierung muss massiv erhöht werden. Das aktuelle politische System in Afghanistan gibt den Menschen keine Möglichkeit, über ihren Gouverneur abzustimmen, da dieser vom Präsidenten bestimmt wird. Das Wahlsystem sieht vor, dass nur Individuen, aber keine Parteien gewählt werden können. Es gibt kaum internationale Bestrebungen politische Institutionen aufzubauen. Langfristige Stabilität in Afghanistan wird nur mit einem politischen System gewährleistet sein, in dem sich die Menschen vertreten fühlen. In diesem Bereich des zivilen Aufbaus müssen die fortschrittlichen Kräfte unterstützt und gestärkt werden.

Regionale Sicherheitsstruktur

Unser erklärtes Ziel ist es, dass aus Afghanistan nie wieder terroristische Anschläge geplant werden können. Wir müssen uns jedoch bewusst machen, dass dieses Ziel nicht an der afghanischen Landesgrenze endet. Es ist in unserem ureigenen Interesse, dass sich die ganze Region stabilisiert. Dabei müssen alle Nachbarländer und Akteure vor Ort ernst genommen und in unsere Planung und Konzepterstellung mit eingeschlossen werden. In erster Linie

müssen wir verhindern, dass die terroristischen Kräfte sich über die Grenze nach Pakistan absetzen und dort eine Heimat finden. Es wird in Afghanistan keine Stabilität geben, wenn Pakistan nicht stabil ist. Neben Pakistan sind der Iran, China und Indien als mächtige Kräfte in der Region einzubinden, um eine regionale Sicherheitsstruktur zu formulieren. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir in Afghanistan auch immer in einem regionalen Kontext agieren.

4. Unsere internationale Verantwortung ernst nehmen

Die Diskussion über den Afghanistan-Einsatz ist zentral für die Positionierung Deutschlands in der Weltgemeinschaft. 20 Jahre nach dem Kalten Krieg haben wir eine neue Rolle in der Welt eingenommen und damit auch internationale Verantwortung übertragen bekommen. Im Rahmen unserer Verantwortung und im Rahmen unserer Bündnisaufgaben sind wir Verpflichtungen eingegangen. Dies erfordert verantwortungsvolles Engagement in Afghanistan. Dies verlangt von uns aber auch, diese Verantwortung in der Bevölkerung offensiv zu vertreten und für Mehrheiten zu werben. Die Diskussion über die Zukunft des Afghanistan-Einsatzes bietet eine Chance, Deutschlands veränderte Rolle in der Welt ebenso wie eine längst überfällige sicherheitspolitische Debatte endlich zu führen.